



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Kreistag Bergstraße

An den Vorsitzenden des Kreistages
des Kreises Bergstraße
Herrn Werner Breitwieser
Gräffstraße 5

Eingang Kreistagsbüro:
20. Januar 2012

64646 Heppenheim

Heppenheim, den 20. Januar 2012

Berichts Antrag zum Thema „S-Bahn Rhein-Neckar“

Sehr geehrter Herr Breitwieser,

die SPD-Kreistagsfraktion stellt für die kommende Sitzungsrunde folgenden Berichts Antrag zur Behandlung im Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur am 9.2.2012:

Der Ausschuss und der Kreistag erhalten einen umfassenden Sachstandsbericht über die Umsetzung, den weiteren Zeitplan und aktuelle Entwicklung der Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar.

In diesem Zusammenhang bitten wir insbesondere um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie hoch sind die bisher von dem Kreis und von den Kommunen geleistete Planungskosten? Bitte listen Sie diese nach den einzelnen Kommunen mit deren Beträgen auf.
- Welche Auswirkungen hat die geplante Verzögerung auf die Lärmschutzmaßnahmen?
- Welche Auswirkungen hat die geplante Verzögerung auf einzelne Maßnahmen, die rund um die Bahnhöfe von den einzelnen Kommunen geplant sind? Bitte listen sie die Auswirkungen getrennt für die einzelnen Kommunen auf.
- Mit welcher Kostensteigerung muss durch die geplante Verzögerung für den Kreis und für die einzelnen Kommunen gerechnet werden?
- Welche juristischen Mittel können notfalls gegen die DB Netz AG ergriffen werden, um die Einhaltung vertraglicher Vereinbarungen sicherzustellen oder falls nötig eventuelle Kostensteigerungen einzufordern? Gibt es die Möglichkeit, im Fall einer Verzögerung Ausgleichszahlungen zu erhalten?
- Auf welche Weise wird die Verkehrskommission des Kreises Bergstraße an den Beratungen zur S-Bahn Rhein-Neckar beteiligt? Wann hat sie das letzte Mal getagt? Wann ist die nächste Einberufung der Verkehrskommission vorgesehen?

Begründung:

Kurz vor Weihnachten haben wir aus der Presse erfahren, dass der S-Bahn-Ausbau sich um 3 Jahre verzögern soll. Dies hat sofort zu Protesten des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar geführt. Diesen Protesten sollte sich der Kreistag anschließen, da sie für die betroffenen Kommunen und die Menschen in der Region nur schwer vermittelbar ist. Für viele Gemeinden, die mit eigenen Mitteln in die Planung oder in das örtliche Bahnhofsumfeld investiert haben, ist dies Vertragsbruch. Auf keinen Fall darf der Vertragsbruch der DB Netz AG zu steigenden Kosten der Kommunen führen. Alleingänge eines großen Konzerns sind wenig hilfreich, wenn man ein Kooperationsprojekt wie die S-Bahn voranbringen will. Der Kreistag sollte daher mit Nachdruck die Einhaltung der rechtsgültigen Verträge fordern. Die möglichen Auswirkungen einer Verzögerung sollten daher umfassend geklärt sein.

Mit freundlichen Grüßen

(Katrin Hechler)

